

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage des Abgeordneten Biesenbach?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Gerne.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Minister, wir haben Ihre Ausführungen alle gerade gehört. Ich würde von Ihnen gerne wissen: Wie lange werden Sie brauchen, um Ihren Sprachgebrauch dem eines Ministers anzupassen und den der Opposition aufzugeben?

(Beifall von CDU und FDP – Lebhaftes Zurufe von der SPD)

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Biesenbach, dazu werde ich keine Zeit brauchen, weil ich ihn schon habe.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen von CDU und FDP)

Wenn Sie gestatten, liebe Kolleginnen und Kollegen, würde ich ganz gerne vier weitere Punkte, die diese Landesregierung sich vorgenommen hat, noch kurz erläutern, es sei denn, Sie haben weitere Zwischenfragen, die ich auch gerne zulasse.

Wir wollen die Schulen in unserem Land zu mehr Chancengerechtigkeit und mehr Durchlässigkeit weiterentwickeln. Wir werden dabei – da können Sie sicher sein – jeden mitnehmen. Und in den Kommunen, in denen jetzt die CDU-Bürgermeister darum bitten, dass wir gemeinsam mit ihnen vor Ort flexible Modelle entwickeln, werden wir das auch gemeinsam mit ihnen tun und ganz sicherlich zu Ergebnissen kommen, die alle miteinander tragen werden. Ich hoffe, auch Sie in Zukunft.

(Beifall von der SPD)

Wir werden, meine Damen und Herren, den Kommunen beim Abbau des Schuldendienstes helfen.

(Zurufe von CDU und FDP: Mit Schulden!)

Wir lösen die Fesseln des Gemeindefinanzrechts. Und wir ermöglichen mehr ökologische, ökonomische und rentierliche Investitionen vor Ort.

Die Liste, meine Damen und Herren, ließe sich weiter fortsetzen. Ich will die Redezeit aber nicht zu sehr überziehen, Ihnen nur noch aus meiner eigenen Erfahrung mitteilen, worüber Sie, glaube ich, nachdenken sollten. Ich verstehe das, was Sie gerade durchmachen müssen, weil wir dies auch durchgemacht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU. Bittere Niederlagen zu verarbeiten, ist gelegentlich schwierig, vor allem dann, wenn man nach nur einer Legislaturperiode abgewählt worden ist, was nach meinem Kenntnisstand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gerade zweimal vorgekommen ist. Es ist schwierig, eine

solche Niederlage zu verarbeiten, aber es ist notwendig. Sie sollten den Weg gehen, den wir auch gegangen sind; denn in dem jetzigen Zustand, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, sind Sie für das Land nicht zu gebrauchen.

(Beifall von der SPD)

Das Land braucht Sie aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil die Wählerinnen und Wähler uns eine schwierige parlamentarische Situation nach dem 9. Mai beschert haben, mit der wir als Volksvertreter insgesamt umzugehen haben.

Deshalb meine herzliche Einladung:

(Lachen von CDU und FDP)

Wenn Sie – ich weiß ja, wie Sie darauf reagieren – ein Coaching brauchen, wie man mit solchen Niederlagen umgeht, helfen wir Ihnen gerne. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen diesen Weg gehen. Er ist unausweichlich, damit Sie sich beteiligen und mitgestalten können zusammen mit dieser Landesregierung für eine gute Politik für Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, Herr Professor Dr. Pinkwart hat eine weitere Zwischenfrage.

(Minister Ralf Jäger winkt sich auf seinen Platz begebend ab.)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Damit kommen wir zur direkten Abstimmung über den **Eilantrag Drucksache 15/39**. Wer möchte der Drucksache zustimmen? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit haben CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und Linken nicht die erforderliche Mehrheit erreicht. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag Drucksache 15/53**. Wer möchte dem Entschließungsantrag zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag bei Ja-Stimmen der Linken mit den Stimmen aller anderen Fraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zu:

4 Steuerflucht bekämpfen, Steuerprüfungen intensivieren, Mehreinnahmen generieren

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/33 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung. – Als Erstes spricht für die Fraktion Die Linke Herr Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist mir eine besondere Freude, dass die Fraktionen von CDU und FDP mit ihrer unsäglichen Arroganz, die man während der letzten Jahre im Landtag erleben konnte, ordentlich auf die Nase gefallen sind. Das möchte ich Ihnen noch mitgeben, bevor Sie sich in die Mittagspause verabschieden.

(Beifall von der LINKEN)

Diese Arroganz haben wir in vielen Bereichen erlebt. Wir haben auch erlebt, dass NRW finanzpolitisch in einer dramatischen Situation ist. Der Finanzminister – man müsste besser sagen: Rekordschuldenminister – Linssen hat uns einen „Kahlen Asten“ von fast 130 Milliarden € Schulden hinterlassen. Sogar mehr als 20 Milliarden € sind von ihm in den letzten fünf Jahren aufgehäuft worden.

Ein Umsteuern in der Finanzpolitik ist deshalb – und nicht nur deshalb – wichtiger denn je. Wir brauchen endlich mehr Steuergerechtigkeit in Deutschland. Wir brauchen eine Börsenumsatz- und eine Millionärssteuer, höhere Spitzensteuersätze von über 50 %, wie es übrigens noch unter der Regierung Kohl der Fall war.

(Beifall von der LINKEN)

NRW hat leider – das gilt auch für alle anderen Bundesländer – sehr wenige Steuerkompetenzen. Zumindest aber können wir durch Bundesratsinitiativen einiges tun, damit sich im Bund einiges ändert.

Wir können aber natürlich auch versuchen, von NRW aus Zeichen zu setzen. Eines dieser Zeichen ist der Antrag, den wir hier heute vorgelegt haben.

Man muss allerdings auch ein paar Worte zum Koalitionsvertrag von SPD und Grünen verlieren. Der Koalitionsvertrag ist auch im haushalts- und finanzpolitischen Teil leider kein wirkliches Zeichen für einen tatsächlichen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen: In NRW, wo nach der ideologischen CDU/FDP-Politik „Privat vor Staat“ ein neuer Aufbruch angesagt wäre, bleibt vieles doch sehr zaghafte, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Allzu viel ist nebulös, allzu viel wird in Formelkompromisse und Prüfaufträge verpackt oder wird in andere Zuständigkeiten wie Gerichte oder auf den Bund verlagert. Das muss man Ihnen an dieser Stelle leider deutlich sagen.

Dasselbe gilt auch für die Finanzplanung. Es gibt nur eine einzige konkrete Zahl in dem ganzen Finanzteil: Da wird davon geredet, dass es in den nächsten Jahren 4 Milliarden € weniger Steuereinnahmen zu den sowieso schon schlechten Werten geben wird.

Es fehlt wirklich sehr vieles, was die Dinge konkreter macht. Es wird davon geredet, dass eine transparente Haushaltsführung fortentwickelt werden soll. Sie reden auch vom Ausbau der Steuergerechtigkeit.

Wie das allerdings konkret aussehen soll, das bleiben Sie in der Sache leider schuldig.

Wir als Linke wollen die Einnahmeseite endlich wieder stärken. Deswegen wollen wir auch eine Ausweitung der Betriebs- und Außenprüfungen, wie Sie das in Ihrem Koalitionsvertrag auch durchaus beschreiben. Aber – ich sage es deutlich – wir müssen es endlich konkret machen: Wir müssen nicht nur die ausgewiesenen Stellen für die Betriebsprüfer, die Sie noch nicht mal vollständig besetzt haben – neben den 2.000 Stellen, die in den letzten fünf Jahren schon abgebaut wurden –, besetzen, sondern wir müssen die Stellenzahl natürlich noch ausweiten – und das ist die Forderung unseres Antrags –, indem wir 500 neue Steuer- und Finanzprüfer einstellen. Wir wollen nämlich endlich verhindern, dass die Leute hier in Nordrhein-Westfalen, die Millionen verdienen, dieses Geld auf Schweizer Nummernkonten bringen. Das kann nicht die richtige Politik sein.

(Beifall von der LINKEN)

Ich zitiere mal die OECD. Die OECD hält Deutschland mangelnde Steuerprüfung vor. Sie wirft Deutschland vor, Steuerzahlungen zu selten zu überprüfen. Ein enormes Potenzial bleibe ungenutzt, um durch einen besseren Steuervollzug den Abbau der Haushaltsdefizite zu unterstützen, sagte der Leiter der OECD-Steuerabteilung, Jeffrey Owens, der „Berliner Zeitung“ vor ein paar Tagen.

Wir sind hier also nicht alleine. Auch der Bund der Steuerzahler fordert, die Milliardensummen, die eigentlich von den Unternehmen gezahlt werden müssten, endlich durch vernünftige Steuerprüfung einzunehmen. Viele Betriebe in Nordrhein-Westfalen werden nur alle fünf bis 20 Jahre überprüft. Das kann nicht die Realität sein. Das ist aber genau die Politik, die Sie hier in den letzten Jahren betrieben haben. Jeder Lohnsteuerzahler ist verpflichtet, seine Steuern hier vollständig zu bezahlen – aber die Großen lassen Sie laufen, die Kleinen müssen bezahlen. Das wollen wir ändern.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wollen die Steuerflucht bekämpfen, wir wollen die Steuerprüfung intensivieren und wir wollen vor allem Mehreinnahmen generieren. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Wir wollen hier eine andere Politik. Die werden wir jetzt auch machen und vorantreiben. Wir werden auch Rot-Grün in dieser Angelegenheit vorantreiben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Ich hoffe, dass es uns gelingt, tatsächlich zu einer anderen Steuerpolitik, zu einer anderen Steuerprüfungspolitik in Nordrhein-Westfalen zu kommen. Ich hoffe auch, dass wir dies in den nächsten Monaten schaffen; denn wir wollen es sehr schnell umsetzen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Kollege Dr. Petersen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Jens Petersen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Sagel, es ist schön, dass Sie zum Schluss Ihres Redebeitrages dann doch noch einmal über Ihren Antrag gesprochen haben und nicht nur über alles andere. Denn es gäbe in der Tat zu dem Thema „Steuererhebung in Deutschland“ und zu dem, was die OECD angesprochen hat, viel zu sagen.

Sie wissen ganz genau – das ist auch in den letzten Jahren im Haushalts- und Finanzausschuss diskutiert worden –, dass die Art und Weise der Steuererhebung in Nordrhein-Westfalen qualitativ viel besser abläuft und viel hochwertiger ist als in einigen anderen Bundesländern. Sie wissen auch, in welchen Bundesländern es Kritik am Thema Steuererhebung und Betriebsprüfung gibt. Sie wissen es besser.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Die Namen sind bekannt. Wir müssen über die Namen nicht sprechen. Aber wir sind hier für Nordrhein-Westfalen verantwortlich. Weil Sie das besser wissen, ist es auch so bedenklich,

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

dass Sie hier einen Antrag stellen, der völliger Unsinn ist. Er ist inhaltlich falsch, und er kann unmöglich umgesetzt werden.

(Beifall von der CDU)

Sie wissen, dass wir in den vergangenen fünf Jahren deutlich mehr Stellen geschaffen haben. Wir haben deutlich mehr Ausbildungsplätze geschaffen. Das ist objektiv so.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben 2.000 abgebaut!)

Aber Sie haben es nicht gewürdigt. Deshalb möchte ich es wenigstens einmal erwähnen.

Richtig ist auch, dass es in Ihrem Antrag heißt:

Die Landesregierung von NRW stellt kurzfristig (möglichst zum 1. Oktober 2010) mindestens 500 zusätzliche Steuer- und BetriebsprüferInnen ein.

Sie wissen genauso wie wir alle, dass das objektiv unmöglich ist. Man kann zwar mit nicht vorhandener Qualifikation zum Beispiel Abgeordneter Ihrer Partei werden, aber man kann zum Beispiel nicht Betriebsprüfer in diesem Land werden. Man braucht eine Ausbildung, man braucht Erfahrung. Sie wissen: Es dauert ungefähr drei bis fünf Jahre, bis man die Qualifikation als Betriebsprüfer erlangt.

(Zuruf von der LINKEN: Fragen Sie mal Fachleute!)

Insofern ist dieser Antrag in jeder Hinsicht Unsinn. Wir werden ihn auch in dieser Hinsicht ablehnen.

(Beifall von der CDU – Bärbel Beuermann [LINKE]: Gott sei Dank!)

Wenn Sie den Bericht des Landesrechnungshofes zur Hand nehmen, wissen Sie auch, dass nach Ansicht des Landesrechnungshofs eine ganze Menge an Potenzial bei der Betriebsprüfung zu generieren ist, wenn weniger ganz kleine Unternehmen, sondern verstärkt mittelgroße geprüft würden. Die ganz großen werden sowieso ununterbrochen geprüft.

Das ist übrigens auch der Grund, weswegen die von Ihnen errechneten Potenziale pro neuem Betriebsprüfer falsch sind. Sie können nicht pro neuem Betriebsprüfer mit 500.000 oder 1 Million € zusätzlichen Steuereinnahmen rechnen. Das ist objektiv falsch.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Fragen Sie mal die Experten!)

– Ja, wir haben mit den Experten gesprochen. Das ist so, als ständen in einer Fußballmannschaft nicht elf, sondern 13 Spieler auf dem Feld. Diese 13 schießen in der Regel auch nicht mehr Tore als die elf. Genauso ist das im Bereich der Steuern.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie schießen sowieso nur Eigentore!)

– Das mit den Eigentoren, offen gestanden, Herr Sagel, haben Sie mit diesem Antrag hibekommen. Er entspricht nämlich im Wesentlichen einem Grünen-Antrag aus dem Jahre 2008. Er ist damals von uns abgelehnt worden. Wir lehnen ihn auch diesmal ab.

(Beifall von CDU und FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich hatte ihn schon vorher gestellt, die haben nachgezogen!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Petersen. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD die Frau Abgeordnete Kollegin Walsken das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Petersen, wir haben gerade überlegt, was uns Ihr Beispiel aus der Welt des Fußballs deutlich machen soll. Wenn Sie 13 Spieler auf der Fläche haben: Nehmen Sie dann zwei Bälle? Wieso sollte in diesem Fall ausgerechnet Ihre Position, dass zusätzliche Betriebsprüfer nicht mehr einspielen, hier abgebildet sein?

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Da müssen Sie noch einmal rangehen. Unstreitig, meine Damen und Herren, ist, dass, wenn wir gut ausgebildete Betriebsprüfer haben, diese natürlich für das Land Nordrhein-Westfalen mehr Einnahmen erzielen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darüber gab es mit Ihnen früher keinen Streit. Deshalb wundere ich mich ein bisschen über diese Position. Sie haben dazu aber noch nicht so oft geredet und müssen vielleicht noch etwas lernen.

Klar ist: Der Haushalt weist zurzeit die Zahl von 3.555 Betriebsprüfern aus. Davon entfällt etwa die Hälfte auf die Stellen für die Groß- und Konzernbetriebsprüfung, die andere Hälfte auf die Amtsbetriebsprüfung. Es ist ebenfalls unumstritten, dass derzeit fast 300 Stellen nicht besetzt sind.

(Beifall von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]:
So ist es!)

Meine Damen und Herren, insoweit ist die Bewertung der Einstellungspolitik der schwarz-gelben Regierung wohl einstimmig, Kollege Petersen. Denn Personalabgänge wurden seit 2007 nur noch im Rahmen von verfügbarem Personal nachbesetzt. Der anhaltende Abbau hat in der Finanzverwaltung dazu geführt, dass allein in den letzten vier bis fünf Jahren die Zahl der Beschäftigten insgesamt um rund 2.500 Köpfe reduziert worden ist. Dass das Auswirkungen auf die Betriebsprüfungen hat, ist aus meiner Sicht völlig unbestritten und war es Ihrerseits auch immer.

Entsprechend wenig aus- und vorgebildete Kräfte stehen für den Einsatz im Außendienst zur Verfügung, meine Damen und Herren. Deshalb teilen wir sehr wohl die Intention des Linken-Antrags. Wir haben dringenden Handlungsbedarf.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Wir haben allerdings einen Dissens, welchen Weg wir nehmen, welcher Weg dazu führt, dass wir möglichst schnell gut ausgebildete Kräfte haben. Wir sind der Auffassung, dass es zurzeit wenig Sinn macht, mit zusätzlichen Stellen zu operieren. Der Markt bietet zurzeit keine Betriebswirtschaftsprüfer, die man sofort als Betriebsprüfer einsetzen könnte. Zusätzliches Personal gewinnen wir erst dann, wenn wir eine entsprechende Ausbildung in den Finanzämtern vornehmen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das steht auch in unserem Antrag!)

Unsere Aussage, wir wollten keine weiteren Stellen, klingt beim ersten Hören unlogisch. Sie macht aber dann Sinn, wenn man noch einmal genau schaut, welchen Weg die Betriebsprüfer von der Ausbildung her zwingend gehen müssen. Lassen Sie mich zwei Worte dazu sagen, damit auch klar wird, dass wir nicht in der Grundintention auseinander sind, sondern wirklich nur bei dem Weg.

Man muss zunächst einmal, auch wenn man Wirtschaftsprüfer ist und eingestellt würde – ich nehme bewusst den Konjunktiv –, bei den allgemeinen Aufgaben eines Finanzamtes praktische Erfahrungen sammeln. Das braucht man dringend, Herr Kollege Petersen. Frühestens nach zwei bis vier Jahren ist es

möglich, in die Amtsbetriebsprüfung versetzt zu werden, in der man dann wiederum nach einer Einarbeitungszeit in der Regel von acht bis neun Monaten die ersten selbstständigen Prüfungen durchführen darf, und zwar im Bereich der Kleinbetriebe, der Kleinstbetriebe und auch der Mittelbetriebe.

Erst nach mehrjähriger Arbeit auf diesem Gebiet kann eine Versetzung in die Groß- und Konzernbetriebsprüfung erfolgen. Auch hier ist nochmals wegen der unterschiedlichen Struktur der Betriebe eine Einweisungszeit notwendig.

Deshalb, meine Damen und Herren, halten wir zusätzliche Stellen im Moment nicht für den richtigen Weg.

Die im Antrag beschriebene Situation ist zutreffend, aber in der Finanzverwaltung ist es klüger, den Schritt zu gehen, zusätzliche Einstellungsermächtigungen für Anwärter auszuweisen und vorzusehen. So können bereits nach einer Phase von zwei bis vier Jahren die größten Engpässe durch Personalverschiebungen beseitigt werden. Das ist übrigens auch die Position, die die Deutsche Steuer-Gewerkschaft nachdrücklich vertritt.

Deshalb haben wir in der letzten Sitzung unseres vorläufigen Haushalts- und Finanzausschusses in der vergangenen Woche bereits, wenn ich mich richtig erinnere, über 310 Finanz- und Steueranwärterstellen vorab beschlossen, um auf diesem Weg, den wir auch im Koalitionsvertrag beschrieben haben, ein Stück weiterzukommen.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es unbestritten, dass wir die notwendige Zahl der Betriebsprüfer in Nordrhein-Westfalen erreichen müssen und dass wir die Situation verbessern wollen. Es ist völlig unstrittig – da stimmen wir mit den Linken überein –, dass wir jetzt schnell handeln müssen. Deshalb würden wir diesen Antrag gerne intensiver diskutieren. Wir haben das gleiche Ziel, verfolgen aber noch unterschiedliche Wege dahin. Wir glauben aber, dass wir diesbezüglich zusammenkommen werden.

(Beifall von SPD und Rüdiger Sagel [LINKE])

Wir laden die Kollegen von Schwarz und Gelb ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen.

(Lachen von Dr. Jens Petersen [CDU])

– Ich weiß nicht, ob Sie, Herr Kollege Petersen, jetzt den neuen finanzpolitischen Sprecher Ihrer Fraktion „machen“. Sollte das der Fall sein, müssten Sie einmal in den alten Unterlagen nachschauen: Wir hatten in diesem Punkt immer eine gemeinsame Linie und sollten, was den Weg betrifft, auch zusammenkommen können. Deshalb meine herzliche Einladung an die rechte Seite des Hauses. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Mostofizadeh das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich die Gelegenheit nutzen, dem neuen Finanzminister Norbert Walter-Borjans herzlich zum Amtsantritt zu gratulieren. Ich gehe davon aus, dass er gleich das erste Mal zu uns sprechen wird. Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

In den bisherigen Debatten hieß es immer, die neue Landesregierung würde angeblich unglaubliche neue Schulden planen und alles auf Pump finanzieren wollen. Ich will die Gelegenheit nutzen, ein paar Takte dazu zu sagen.

Schon bald – nach der Sommerpause – wird ein Nachtragshaushalt vorgelegt werden. Dann werden die Zahlen aufgedeckt werden, über die bisher nicht gesprochen wurde. Dazu gehört die Absicherung der Risiken bei der Westdeutschen Landesbank. Sie wissen selbst, dass der Finanzminister bzw. die Westdeutsche Landesbank selbst vorgerechnet hat, dass zusätzliche Risiken von bis zu 8 Milliarden € in der WestLB schlummern.

Sie wissen auch, dass das Finanzmarktstabilisierungsgesetz nicht ausfinanziert ist, dass sich im Fonds 350 Millionen € befinden, auf das Land aber Lasten von bis zu 1,6 Milliarden € zukommen können. Außerdem wissen Sie, dass bei der NRW.BANK Anteile an der Westdeutschen Landesbank mit einem Wert – wenn man die Zinsen hinzu-rechnet – von 2,5 Milliarden € liegen. Auch diese sind seitens des Landes garantiert, und es ist keine Vorsorge für die Ausfinanzierung dessen getroffen worden.

Das alles sind faktische Schattenhaushalte. Das muss die Landesregierung über die Jahre periodengerecht abbilden. Ich gehe davon aus, dass in dem Nachtragshaushalt diese objektiv vorliegende Störungslage abgebildet und die Schlussabrechnung mit Schwarz-Gelb vorgenommen wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nun zum Antrag der Fraktion Die Linke. Da es immer nur heißt, wir bräuchten ein paar mehr Steuerprüfer, um ein paar mehr Einnahmen zu bekommen, möchte ich eines deutlich vorweg sagen: Wir wollen Steuergerechtigkeit. Steuerhinterziehung und Steuerflucht sind aus meiner Sicht keine Kavaliersdelikte, sondern ganz schlimme Verbrechen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Richtig!)

weil sie dazu führen, dass die Finanzierungsmöglichkeiten des Staates untergraben werden. Damit werden ganz wichtige Aufgaben, die gerecht und gemeinschaftlich finanziert werden müssen, gefährdet. Das betrifft zum Beispiel Schulen, Kindertagesstätten oder auch Straßen und andere Dinge. Das darf nicht hingenommen werden.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Eine Sache, die der Kollege Sagel angemerkt hat, stimmt nicht: Wenn der Koalitionsvertrag an einer Stelle sehr präzise ist, dann in diesem Bereich. Wir haben einen klaren Weg vorgezeichnet, wie wir uns das bei der Steuerprüfung vorstellen. Das geht deutlich über das hinaus, was in Ihrem Antrag steht. Das Problem muss nämlich auch auf Bundesebene angegangen werden: Wenn wir mehr Prüfungen machen, muss auch der Anteil, der uns aus den zusätzlichen Einnahmen zusteht, vergrößert werden. Nach dem, was ich bisher in diesem Haus dazu vernommen habe, sind wir uns diesbezüglich auch einig – möglicherweise nicht bei dem einzuschlagenden Weg, aber jedenfalls bei dem Ziel. Ich gehe davon aus, dass wir da eine gemeinsame Basis herstellen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu den Zahlen und Ausbildungswegen hat Frau Kollegin Walsken aus meiner Sicht das Notwendige ausgeführt. Es ist nicht möglich, heute eine Zahl zu beschließen, sondern es muss über Jahre aufgearbeitet werden, was liegen geblieben ist. Insofern bitte ich um die Überweisung des Antrages, damit wir austarieren können, was möglich ist.

Wir können aber nicht einfach Wirtschaftsprüfer einstellen – dazu wird der Finanzminister möglicherweise auch noch etwas sagen –, einstellen, da sie eine längere Vorlaufzeit bis zu ihrem Einsatz brauchen, und man kann auch nicht irgendwelche Leute einstellen, bloß weil sie die entsprechende formale Qualifikation besitzen, sondern wir brauchen qualifiziertes Personal, das zu dem schon vorhandenen passt.

Insofern bin ich sehr froh, dass der Antrag überwiesen wird. In dem Ziel, für deutlich mehr Steuerprüfungen zu sorgen und damit die Einnahmen zu erhöhen, sind wir uns einig; da muss mehr getan werden.

Zu dem Vorwurf an die rot-grüne Vorgängerregierung, sie wäre für kw-Vermerke verantwortlich und daher selbst schuld, dass Schwarz-Gelb die Stellen abgebaut hätte: Von der alten Landesregierung unterscheidet uns ganz fundamental, dass wir sehr präzise prüfen wollen, wo wir mehr Personal brauchen. Wir wollen nicht pauschal kürzen, sondern Schwerpunkte setzen. Wir als grüne Fraktion sind der Auffassung, dass im Bereich der Steuerprüfung ein Signal gegeben werden muss. Deswegen stimmen wir der Überweisung zu. Ich gehe davon aus, dass sich bei der Formulierung dessen, was konkret zu tun ist, noch einiges ändern wird. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Mostofizadeh. – Als Nächstes spricht für die FDP-Fraktion Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Antrag fordert die Fraktion Die Linke die kurzfristige Einstellung von 500 Steuer- und Betriebsprüfern durch die Landesregierung sowie die Bereitstellung von 500 zusätzlichen Ausbildungsplätzen.

(Beifall von der LINKEN)

Das Ansinnen des Antrags ist angesichts der bisherigen Debatten keineswegs eine Überraschung. Es wurde auch in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder einmal thematisiert.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Viel blockiert!)

Es ist unstrittig und klar – deswegen habe ich gerade dazwischengerufen: Das war mein Redebaustein! –, dass Steuerhinterziehung kein Kavaliersdelikt, sondern kriminelles Handeln zulasten der Gesellschaft und der ehrlichen Steuerzahler ist.

(Beifall von GRÜNEN und LINKEN)

Die Bekämpfung von Steuerziehung ist ein ganz wichtiges Anliegen, auch um Steuergerechtigkeit herzustellen und die Akzeptanz der Notwendigkeit von Besteuerung bei den Bürgerinnen und Bürgern zu begründen.

An der Stelle will ich auch betonen: Keiner in diesem Hause wird wohl irgendetwas gegen die Generierung von Mehreinnahmen einwenden. Meine Fraktion unterstützt deswegen natürlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber, also die Wirtschaft, Rahmenbedingungen zu haben, unter denen sie mit Wachstum und Mehrwert zu höheren Steuereinnahmen für den Landeshaushalt beitragen können.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wovon sprechen Sie jetzt?)

Der vorliegende Antrag ist ganz unstrittig nicht durchdacht. Es ist nämlich so gut wie unmöglich, ...

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Es ist unmöglich oder nur so gut wie unmöglich?)

– Herr Kollege Sagel, gerade habe ich versucht, sogar Ihnen gegenüber einmal freundlich zu sein. Ich kann natürlich auch ganz klar sagen: Es ist unmöglich, kurzfristig 500 ausgebildete Betriebsprüfer in den Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen zu stellen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gerade haben Sie noch etwas anderes gesagt!)

Ich könnte das noch weiter kommentieren, würde damit aber die Ebene der Freundlichkeit verlassen.

Sie wissen – das macht es so schlimm – genau, dass nur langjährige Tätigkeit und Erfahrung in der Finanzverwaltung sowie zusätzliche Schulungen und natürlich praktische Erfahrung zu dieser hochkomplexen und anspruchsvollen Aufgabe qualifizieren. Genau diese qualifizierten Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer brauchen wir. Das ist bis zum 1. Oktober 2010 keinesfalls realistisch zu erreichen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wann denn dann?)

Weil Sie das wissen könnten, ist es eben blanker Populismus, dass Sie einen solchen Antrag hier einbringen und begründen.

Ich will zwei Anmerkungen zu den möglichen Erträgen einer verstärkten Prüftätigkeit machen. Sie schreiben Zahlen in Ihren Antrag, die bestenfalls als grob geschätzt gelten können. Aber weil Sie auf Präzision Wert legen, würde ich sie als aus der Luft gegriffen bezeichnen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Deutsche Steuer-Gewerkschaft!)

Auf jeden Fall sind diese Einnahmen keinesfalls konstant, sondern gerade dann, wenn eine Prüftätigkeit aufgenommen und konsequent durchgeführt wird, werden diese Einnahmen einen stark abnehmenden Charakter haben.

Meine zweite Bemerkung, meine Damen und Herren: Wir müssen diesen Punkt auch im Bund-Länder-Finanzausgleich einpreisen. Herr Kollege Mostofizadeh hat gerade darauf hingewiesen, dass hier im Hause die Diskussion darüber, was wir von den Steuern, die in Nordrhein-Westfalen gezahlt werden, in unserem Land Nordrhein-Westfalen behalten sollten – Stichwort: Wettbewerbsföderalismus –, nicht neu ist, sondern schon verschiedentlich geführt worden ist. Diese grundlegende Problematik kann man sicherlich auch in Zukunft aufgreifen. Auch bei der Überprüfung der Steueradministrierbarkeit gibt es noch erheblichen Handlungsbedarf, der zwischen Bund und Ländern koordiniert werden muss.

Einen Hinweis auf den Koalitionsvertrag, der an anderer Stelle sicherlich noch ausgiebiger diskutiert wird. Dort heißt es, der Fokus der Steuerprüfung solle von den kleinen Betrieben auf die Prüfung großer Betriebe verlagert werden. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei wird völlig verkannt, dass gerade die großen Betriebe durch die Finanzämter für Groß- und Konzernbetriebsprüfung bereits heute annähernd lückenlos geprüft werden.

(Es gibt die Meldung zu einer Zwischenfrage.)

– Ich möchte keine Zwischenfragen zulassen, Herr Kollege.

Der Landesrechnungshof hat sich in dem von ihm aktuell vorgelegten Jahresbericht mit dieser Thematik ebenfalls beschäftigt und für eine stärkere Prüfung von Mittelbetrieben ausgesprochen, nicht von Großbetrieben. Er geht in seinem Bericht aber ebenso

davon aus, dass die Finanzämter bei den Prüfungen mit dem vorhandenen Personal auskommen sollen. – Wir werden den Bericht des Landesrechnungshofs noch diskutieren.

Meine Damen und Herren, der vorgelegte Antrag nennt nicht eine einzige Lösung für die schon verschiedentlich skizzierten Probleme. Neue Stellen und neue Schulden, das, meine Damen und Herren, so meine feste Überzeugung, können gerade in Zeiten knapper Kassen keine Antwort auf die Probleme dieser knappen Kassen sein. Es ist ein Armutszeugnis, dass der Koalitionsvertrag auf seinen 89 Seiten nicht an einer Stelle von Einsparungen oder Konsolidierung spricht. Stattdessen wird eine Schuldenerhöhung angekündigt und die größte Schuldenaufnahme in der Geschichte des Landes vorbereitet. Meine Damen und Herren, das ist eine Politik, die aus Sicht der FDP eindeutig nicht in diese Zeit passt und zulasten nachfolgender Generationen geht und handelt. Meine Damen und Herren, wir nähern uns auf diese Art und Weise leider fast den griechischen Verhältnissen.

Da der vorgelegte Antrag nicht durchdacht ist, keine Substanz hat und dazu auch noch von falschen Annahmen ausgeht, werden wir ihm nicht zustimmen können und sehen auch in einem Beratungsverfahren keinerlei Ansatzpunkte für eine Qualifizierung und Verbesserung, eben weil die Substanz des Antrags das in keiner Weise hergibt. Ansonsten werden wir aber sicherlich im Interesse des Landes an der Lösung dieser Probleme arbeiten müssen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Freimuth. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte meinem Beitrag etwas vorwegschicken, das nicht nur das Ergebnis der ersten 24 Stunden meiner Minister-tätigkeit ist, sondern auf einer Erfahrung aufbaut, die ich über mittlerweile 25 Jahre mit der Finanzverwaltung dieses Landes habe machen können. Es ist mir wichtig, zu unterstreichen, dass die Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen weit über die Grenzen dieses Landes hinaus einen hervorragenden Ruf genießt.

(Beifall von der SPD)

Es gibt aber – das möchte ich betonen – Anlass, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir die Qualität dieser Verwaltung erhalten und wie wir vor allen Dingen auch die Motivation der dort arbeitenden Menschen erhalten und sie zu noch engagierteren Mitarbeitern weiterentwickeln können, als sie es heute schon sind. Das hat viel mit der Personalausstattung

zu tun, aber es hat auch viel mit den Möglichkeiten der Personalentwicklung zu tun.

Aber einfach nur mehr Personal bei Steuer- und Betriebsprüfung zu fordern ist kein Patentrezept. Das mag so klingen, aber es ist heute schon an verschiedenen Stellen begründet worden, wo da der Haken liegt.

Die Fraktion Die Linke fordert die Bekämpfung der Steuerflucht, eine intensivere Betriebsprüfung, und sie will damit Mehreinnahmen erzielen.

Ich fange mit der Steuerflucht an. Auch das ist hier über alle Fraktionsgrenzen hinweg unterstrichen worden: Steuerflucht ist kein Kavaliersdelikt. Wir müssen sie mit allen Mitteln bekämpfen, und das will auch die Landesregierung.

Im Übrigen erleben wir im Augenblick – auch wenn man das nicht für alle Zeit verallgemeinern kann – eher das Gegenteil: Die große Zahl von Selbstanzeigen in den letzten Monaten zeigt, dass viele Steuerflüchtlinge mehr oder weniger reumütig zur Steuerehrlichkeit zurückkehren. Seit Februar dieses Jahres gab es allein in Nordrhein-Westfalen 4.435 Selbstanzeigen, und der Trend dauert an. Ich streite nicht ab, dass die Rückkehr zur Steuerehrlichkeit in der überwiegenden Zahl der Fälle etwas mit der Furcht vor der Entdeckung einer Steuerhinterziehung und mit der drohenden Bestrafung, die dieser Entdeckung folgt, zu tun hat.

Das ist auch ein Stück weit der Ausgangspunkt dafür, wie wir nachher die Steuerprüfung optimieren können.

Zum Thema Optimierung oder Intensivierung – ich würde lieber von „Optimierung“ sprechen –: In Nordrhein-Westfalen haben wir, wie eben angesprochen worden ist, 3.345 Prüfer. Die ursprüngliche Zielzahl ist 3.555.

Wenn man das ein bisschen verunglückte Fußballer-beispiel nimmt, müsste man sagen: Wir reden hier nicht über eine Überbesetzung des Spielfeldes, sondern eher davon, dass nur acht Leute auf dem Feld sind. Wenn man jetzt die Mannschaft vervollständigt, tut man das nicht, indem man über den Durst hinausgeht und einfach fünf Leute dazustellen. Man stellt nicht einfach fünf Leute dazu unabhängig davon, ob die Fußball spielen können oder nicht. Vielmehr geht es darum, diese Mannschaft zu vervollständigen, sie spielfähig und schlagkräftig zu machen und dafür ausgebildete Fußballer auf den Platz zu bekommen.

Das ist nicht anders, wenn man über Steuerprüfungen spricht.

(Zuruf von der SPD: Gut aufgepasst!)

Ob über die Zielzahl, die wir erreichen wollen, hinaus eine weitere Erhöhung der Zahl der ausgewiesenen Stellen für Betriebsprüfer sinnvoll und notwendig ist, werden wir sehr genau prüfen. Das werden wir aber im Rahmen eines Gesamtkonzepts machen. Welche

Einstellungszahlen wir bei den Nachwuchskräften für erforderlich halten, wollen wir im Haushaltsplan 2011 darstellen.

Eine einmalige Erhöhung der Zahl um 500 – das habe ich eben schon bemerkt; das ist bereits verschiedentlich gesagt worden – hilft nicht weiter. Wir brauchen eine Verstetigung der Einstellungszahlen, und wir wollen langfristig einen angemessenen Personalbestand sicherstellen.

Es ist auch schon angesprochen worden, dass die Forderung deshalb nicht greift, weil wir eine Ausbildung der Leute brauchen. Wir brauchen eine besondere Qualifizierung und eben auch eine langjährige Erfahrung.

Deshalb noch einmal zu der Frage, welche Mehrergebnisse mehr Steuerprüfer erzielen können: Wie viel wir an zusätzlichen Steuererträgen hereinholen, hängt von zwei Faktoren ab. Der eine Faktor ist die Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden, und der andere ist die Dicke des Fisches, den man an die Angel bekommt. Das ist nicht unbedingt eine Frage der Zahl der Prüfer, sondern hängt vor allem mit einer intelligenten Einsatzstrategie zusammen.

Wir haben gehört, dass wenige Großfälle den überwiegenden Teil der steuerlichen Mehrergebnisse ausmachen, vor allen Dingen in der Mitte dieses Geschäfts. Aber wenn es nicht nur darum geht, nach einem großen Betrag zu fischen, sondern auch darum, ein Stück weit die Furcht aufrechtzuerhalten, dass man ertappt wird, wenn man die Steuer hinterzieht, braucht man eben auch in den Bereichen, in denen man im Einzelnen nicht ganz so viel holt, die Wahrscheinlichkeit, dass es eine Prüfung gibt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Deswegen noch einmal: Steuerflucht bekämpfen – ja, aber indem wir die Steuerprüfung optimieren und die richtige Einsatzstrategie wählen. Das geht eben nicht im Hauruckverfahren mit 500 unerfahrenen Neulingen, sondern mit einer intelligenten Einsatzstrategie und mit einer behutsamen Aufstockung der Zahl der Prüfer auf zunächst einmal 3.555, unsere Zielzahl, und, wenn nötig – das sage ich ebenfalls –, auch darüber hinaus. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Kollege Börschel das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Martin Börschel^{*)} (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt stellen Sie mich erst einmal vor ein protokollarisches Problem, da ich Sie, meine Vorrednerin, als Präsidentin nicht ansprechen darf. Aber ich werde hier irgendwie versuchen, das zu regeln.

Kurz zu dem eigentlichen Anliegen, dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion Die Linke: Kollegin Walsken hat dazu im Prinzip das Notwendige gesagt.

Mir ist es nur noch ein Bedürfnis, uns alle im Plenum doch noch mehr auf eine Form der Zusammenarbeit zu verpflichten; denn Politik ist die Kunst des Machbaren. Daher reicht es in einem Landesparlament, in diesem Hohen Haus, am Ende nicht aus, Schaufensteranträge zu stellen, die dokumentieren, welches Grundanliegen man hat. Vielmehr sollten wir immer das Anliegen dahin gehend präzisieren, dass wir sagen, wie es geht, und einen machbaren Weg aufzeigen.

(Beifall von der SPD)

Ich meine, sowohl meine Vorrednerinnen von der Sozialdemokratie und auch mein Vorredner von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben dokumentiert, dass es zwar in der Zielvorgabe keine Unterschiede gibt, man aber schon erklären muss, wie das gelingen kann, statt hier irgendwelche Wolkenkuckucksheime in den Raum zu stellen.

Ich glaube, der eigentliche Grund wird gewesen sein, dass Sie in Anbetracht der Lektüre des Koalitionsvertrags von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ein bisschen hibbelig geworden sind. Herr Kollege Sagel, anders als Sie es gerade versucht haben, zu insinuierten, ist der Koalitionsvertrag an der Stelle nämlich außerordentlich präzise, was das Thema Steuer- und Außenprüfung angeht: Wir setzen uns für eine Ausweitung der Betriebs- und Außenprüfung ein. Das ist wirklich ein Programmsatz, der es verdiente, in den Koalitionsvertrag aufgenommen zu werden; denn wir wollen mehr Steuergerechtigkeit.

(Beifall von der SPD)

Dieses Anliegen eint am Ende sozusagen nicht nur das Mitte-Links- Rund dieses Hauses, sondern, wenn ich den Kollegen Petersen und die Kollegin von der FDP, Frau Freimuth, richtig verstanden habe, auch CDU und FDP, die, jedenfalls jetzt, versuchen, das auf ihre Fahnen zu schreiben.

Wir haben in den Koalitionsvertrag auch den Jahresbericht 2010 des Landesrechnungshofs aufgenommen, nach dem der Fokus der Betriebsprüfungen tatsächlich mehr in Richtung der Mittelbetriebe verlagert werden soll. Auch das ist gerade schon angeklungen und hat Steuergerechtigkeit zum Hintergrund, aber auch einen ganz einfachen fiskalischen Hintergrund. Denn dabei kommt mehr herum. Wenn mehr dabei herumkommt, ist das am Ende neben der Steuergerechtigkeit auch für die Landeskasse eine ganz vernünftige Angelegenheit.

Wir werden diesen Teil des Koalitionsvertrags sehr sorgfältig abarbeiten. Insofern ist es eine gute Grundlage, das jetzt nach Überweisung in die Fachausschüsse konkret angehen zu können, weil wir dann auch zeigen müssen, wie es konkret funktioniert.

Da ist es mir, Herr Kollege Dr. Petersen, doch ein Anliegen, zumindest noch einmal auf einen Punkt Ihres Beitrags einzugehen. Denn wenn Sie geschichtsklitternd versuchen, so zu tun, als habe die alte Landesregierung die Zahl der Prüfungen oder der Prüfer ausgeweitet, dann – mit Verlaub, Herr Kollege – wissen Sie ganz genau, dass das nicht stimmt.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Es sind 300 Stellen unbesetzt. Das ist das Entscheidende. Wir haben das im Bereich der Bildung schon mehrfach durchexerziert. Stellen prüfen weder Betriebe noch geben sie Unterricht, sondern es kommt darauf an, was die Menschen, die eingesetzt sind, tun. Insofern haben Sie die Verantwortung dafür zu tragen, dass 300 Stellen in diesem Bereich nicht besetzt worden sind. Ich habe gerade gelernt, dass sich der Fokus durchaus zulasten der Großbetriebe stärker in Richtung Mittel- und noch mehr Kleinbetriebe verschoben hat, was auch der Landesrechnungshof moniert. Das ist die Verantwortung der alten Landesregierung, Herr Kollege Dr. Petersen. Deshalb sollten Sie auch hier nicht versuchen, einen anderen Eindruck zu erwecken.

Ich will auch noch Kollegin Freimuth ansprechen, die so ein bisschen den Eindruck erwecken wollte, als werde durch mehr Prüferinnen und Prüfer in diesem Bereich kein finanzieller Mehrertrag generiert.

Es ist völlig unbestritten, dass die zwischen den Zeilen durchschimmernde Erwartungshaltung im Linken-Antrag sicher nicht erreicht werden wird. Es landen pro Betriebsprüfer nicht 500.000 bis 1 Million € in der Landeskasse.

Wir haben gewiss die Situation, dass gesamtstaatlich betrachtet die Kosten eines Prüfers ungefähr in zehnfacher Größenordnung wieder hereinkommen. Wenn also ein Betriebsprüfer zwischen 70.000 und 80.000 € pro Jahr kostet, wird tatsächlich durch eine gut gemachte und richtig fokussierte Prüfung etwa das Zehnfache dieses Aufwandes am Ende als Steuermehrertrag generiert.

Das Problem ist nur: Der landet wer weiß wo, aber nur zu einem gewissen Teil in der Landeskasse Nordrhein-Westfalen. Das liegt zum einen daran, dass es auch Bundessteuern gibt, die durch die Landesprüfer mit eingezogen werden. Zum anderen – auch das ist eben schon angeklungen – liegt es am Länderfinanzausgleich, der dazu führt, dass am Ende für die Landeskasse weit weniger herkommt, als es eigentlich angemessen wäre.

Deswegen ist weder der Eindruck, den Sie, Herr Kollege Sagel, erwecken, dass eine Summe zwischen 500.000 und 1 Million € in die Landeskasse fließt, richtig, noch ist der gegenteilige Eindruck, den die Kollegin Freimuth zu erwecken versuchte, dass es eigentlich keinen finanziellen Mehrertrag ausmacht, am Ende nicht wahr.

Wir müssen aber daraus eine Lehre ziehen, hinter der sich hoffentlich der neue Landtag Nordrhein-Westfalen gemeinsam versammeln kann. Wir brauchen nämlich in der Bundesrepublik – vermutlich über den Bundesrat – eine Veränderung der Rahmenbedingungen des Länderfinanzausgleichs oder eine Veränderung der Abrechnungsmodi bei der Betriebsprüfung. Denn es kann nicht sein, dass die Länder, die, wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen – auf den Weg wollen wir uns ja machen –, über mehr Betriebs- und Außenprüfungen zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen, alleine den Aufwand tragen, während andere Länder stillschweigend und klammheimlich davon profitieren. Mit diesem Weg wollen wir Schluss machen. Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Damit will ich schließen. Denn einen wirklichen Lichtblick hatten beide Reden, sowohl die von Frau Kollegin Freimuth als auch die von Herrn Kollegen Dr. Petersen. Sie haben beide fast wortgleich eine Formulierung verwandt, die ich sehr bemerkenswert finde und aufgreifen möchte. Sie haben nämlich gesagt: Wir tragen hier Verantwortung.

Ich finde das außerordentlich richtig und außerordentlich positiv. Es ist ein sehr guter Anfang, dass wir uns offensichtlich alle miteinander hier im Rund darauf verständigen können, dieses Thema gemeinsam anzugehen. Ich weiß zwar, dass Sie das jeweils in Abwesenheit Ihrer Fraktionsspitzen gemacht haben, aber wir verraten Sie nicht, sondern hoffen und setzen sehr darauf, dass der Spruch, den Sie hier getan haben, gemeinsam Verantwortung tragen zu wollen, zu mehr Steuergerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen und für einen höheren Betrag in der Landeskasse führt. Insofern freuen wir uns auf die Beratungen und Ihre Mitwirkung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Börschel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Die Linke Herr Aggelidis das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Michael Aggelidis¹⁾ (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe nicht, wie man gegen die Einstellung weiterer Betriebsprüfer und Steuerfahnder sein kann. Im Grunde müsste unser Antrag hier einstimmig verabschiedet werden – gegebenenfalls nach Beratung in den Ausschüssen.

Steuerhinterziehung ist doch in unserem Land kein Kavaliärsdelikt. Welche Argumente könnten denn dagegen sprechen, weitere Betriebsprüfer einzustellen, von denen jeder der öffentlichen Hand geschätzt 1 Million € pro Jahr bringt? Wenn nicht alles Geld in Nordrhein-Westfalen verbleibt, ist das nur ein Argument, es dennoch zu tun, um für andere Bundesländer ein gutes Vorbild zu sein,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Es geht nur um die Deckungsmöglichkeiten da!)

damit wir uns insgesamt im Länderfinanzausgleich gegenseitig nichts wegnehmen.

Meine verehrten Damen und Herren, alle denkbaren Gegenargumente laufen doch nur auf ein einziges hinaus: das Argument der Konkurrenz. Die Vorstellung ist doch folgende: Das Kapital fließt in die Bundesländer, in denen man sich am leichtesten vor Steuern und Abgaben drücken kann. Denjenigen Bundesländern hingegen, die dafür sorgen, dass Unternehmen dem Staat auch tatsächlich zahlen, was sie ihm schulden, kehren die Investoren den Rücken. Ist das Ihr Argument, meine sehr verehrten Damen und Herren, Steuerhinterziehung als Standortvorteil? Dieses Argument mag uneingestanden dahinterstecken.

Wir Linke stemmen uns dagegen, dass diese Gesellschaft von Konkurrenz bestimmt wird. Wenn alles der Konkurrenz unterworfen wird, gelten keine Werte mehr, und es gelten auch keine Gesetze mehr, nämlich nicht für alle. Ich behaupte: Wer unserem Antrag im Ergebnis nicht zustimmt, handelt nicht im Interesse der Mehrheit der Menschen, sondern im Interesse der Vermögenden.

(Beifall von der LINKEN)

Diejenigen, die unserem Antrag nicht zustimmen, wollen, dass Steuergesetze folgenlos bleiben. Wenn es nicht so ist, widerlegen Sie uns! Stimmen Sie unseren Anträgen nach der Beratung zu! Eine etwaige Ablehnung unseres Antrags würde aber auch zeigen: Es wäre Ihnen lieber, die Staatsverschuldung weiter explodieren zu lassen, als den Reichen und Vermögenden auf die Finger bzw. in deren Bücher oder schwarze Kassen zu schauen.

Im Geschäftsbericht der Marketingfirma NRW.Invest wurde auf den Standortvorteil von niedrigen Abgaben und Steuern hingewiesen. Zugleich wurde im Aufsichtsrat berichtet, dass es einen harten Wettbewerb mit anderen Bundesländern gibt. Es ist auch ein offenes Geheimnis, dass Unternehmen oder Global Player angelockt werden, indem ihnen eine relativ niedrige Prüfungsdichte vonseiten der Finanzämter zugesichert wird – natürlich alles inoffiziell. Das ist meines Erachtens eines Rechtsstaats unwürdig und eine Bankrotterklärung der Politik.

(Beifall von der LINKEN)

Ganz offensichtlich haben SPD und Grüne noch weiteren Diskussionsbedarf. Wir wollen uns dem natürlich nicht verschließen und beantragen, dass der Antrag in die Ausschüsse verwiesen wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Ich danke dem Abgeordneten Aggelidis. – Meine Damen und Her-

ren, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Das bleibt auch beim Blick in die Runde so. Dann sind wir am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Entgegen der ausgedruckten Tagesordnung hat die antragstellende Fraktion in Abstimmung mit den anderen Fraktionen darum gebeten, den **Antrag Drucksache 15/33 – Neudruck** – an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu **überweisen**. Ich frage, ob diese Überweisungsempfehlung die Zustimmung des Hauses findet. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist er mit Zustimmung aller Fraktionen so überwiesen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

5 Mitbestimmung im öffentlichen Dienst muss wieder auf gleicher Augenhöhe stattfinden

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/25

Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/50

Ich eröffne die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt. – Als Erster hat zunächst für die antragstellende Fraktion der SPD der Abgeordnete Kollege Schmelzter das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Rainer Schmelzter (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Eines der zentralen Wahlversprechen der Sozialdemokraten zur Landtagswahl am 9. Mai war, die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder zu dem zu machen, was sie sein sollte, nämlich zu einer echten Mitbestimmung für die Personalräte im öffentlichen Dienst. Deshalb ist es folgerichtig, dass die Koalition aus Bündnis 90/Die Grünen und Sozialdemokraten noch vor der Sommerpause, heute, einen entsprechenden Antrag in den Landtag einbringt, damit die Personalräte in Nordrhein-Westfalen schnellstmöglich wieder in den Zustand der Mitbestimmung auf Augenhöhe kommen und somit verlässliche Politik erkennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, galt noch in den letzten fünf Jahren der Vorsatz in diesem Hause „versprochen – gebrochen“, so gilt ab sofort wieder „versprochen und schnellstmöglich umgesetzt“. Wir erinnern uns nur ungern an den Angriff auf die Mitbestimmung, die auf dem Altar höchst fragwürdiger ideologischer Grundpositionen geopfert wurde. Es wurde seitens der ehemaligen Landesregierung unter anderem mit einem Zuviel an Mitbestimmung argumentiert.

Was an vertrauensvoller Zusammenarbeit über Jahrzehnte vorher aufgebaut wurde, wurde nachhaltig beschädigt. Die Folgen in den Verwaltungen: Unzu-